Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 21. Februar 2013
Ausgabe 036
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› Gebührenfreiheit für Berufsausbildung im Handwerk: Stadt macht Ernst 3
› Glückwünsche für Professor Dr. Mehnert zum 85. Geburtstag 4
› Start zur Wahl der Seniorenvertretung 5
› Kabarettpreis der Landeshauptstadt 2013 an Christian Springer 9
› Vergabe der Theater- und Tanzförderung 2013 10
› DANCE Festival im Mai 2015 unter Leitung von Nina Hümpel 12
› Pasing Zentrum: Neugestaltung von Straßen und Plätzen 13
› Landeshauptstadt führt Familienpflegezeit ein 14
› Münchner Hochschulpreis – jetzt bewerben 15
› Verlegung des Bauernmarkts am Josephsplatz 16
› Bauzentrum: Vortrag über Schutz vor Legionellen im Trinkwasser 16
› Schmuckkunst in den Kunstarkaden 16
› Retrospektive Mai Zetterling im Filmmuseum 17
Antworten auf Stadtratsanfragen **18**
› Hilfe für Opfer jugendlicher Gewalt und Kriminalität 18
› Zwangsheirat bekämpfen! 22

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 22. Februar, 15 Uhr,
Sporthalle der Mittelschule an der Wiesentfelser Straße 53
Bürgermeisterin Christine Strobl und Stadtschulrat Rainer Schweppe sprechen zur Eröffnung der „Zukunftskonferenz Bildungscampus Freiham", einer Veranstaltung zur Beteiligung der Öffentlichkeit an den Planungen der Bildungseinrichtungen im neuen Stadtteil Freiham. Die Veranstaltung dauert zwei Tage. Am Samstag, 23. Februar, werden ab zirka 15 Uhr die Ergebnisse der Konferenz zusammengefasst. Weitere Informationen im Internet unter *www.bildungscampus-freiham.de*

Dienstag, 26. Februar, 9 Uhr, Festsaal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl eröffnet das Symposium „Vielfalt leben – Zukunft gestalten", das vom 26. bis 27. Februar stattfindet. Das Symposium richtet sich an Fach- und Führungskräfte im Bildungsbereich und findet an zwei Tagen im Pädagogischen Institut des Referates für Bildung und Sport in der Herrnstraße 19 statt. Die Veranstaltung zeigt den Facettenreichtum einer offenen, rassismuskritischen und „interkulturellen" Pädagogik. Das Programm reicht von einem „Markt der Möglichkeiten" über Fachvorträge bis hin zu Workshops.
Weitere Informationen im Internet unter *www.pi-muenchen.de/symposium*

Dienstag, 26. Februar, 11 Uhr, Kleiner Sitzungssaal im Rathaus
Oberbürgermeister Christian Ude empfängt die Münchner Medaillengewinnerinnen und -gewinner der XIV. Paralympischen Sommerspiele 2012 in London, die sich in das Goldene Buch der Stadt eintragen. Birgit Kober errang Gold im Speerwurf und Gold im Kugelstoßen, Johanna Welin Gold im Basketball und Denise Schindler Gold im Straßenradrennen. Der 4. Münchner Goldmedaillengewinner Michael Teuber wird sich aus Termingründen zu einem späteren Zeitpunkt ins Goldene Buch eintragen.

Dienstag, 26. Februar, 18 Uhr,
Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstraße 64
Oberbürgermeister Christian Ude spricht beim Jahresempfang des Deutschen Gewerkschaftsbundes München.

Dienstag, 26. Februar, 19 Uhr,
Jüdisches Museum München, St.-Jakobs-Platz 16
Stadtrat Michael Leonhart (SPD) spricht zur Eröffnung der Ausstellung „Alles hat seine Zeit. Rituale gegen das Vergessen". Weitere Redner sind Bernhard Purin, Direktor des Jüdischen Museums München, und Dr. Felicitas Heimann-Jelinek, Kuratorin der Ausstellung.
Achtung Redaktionen: Die Pressekonferenz zur Ausstellung „Alles hat seine Zeit. Rituale gegen das Vergessen" findet am Montag, 25. Februar, um 11 Uhr im Foyer des Jüdischen Museums statt.
(Siehe auch unter Meldungen)

Dienstag, 26. Februar , 19 Uhr, Kunstarkaden, Sparkassenstraße 3
Stadträtin Monika Renner (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters zur Eröffnung der Schmuckausstellung „The Lunatic Swing", einem Projekt der Schmuckkünstlerinnen und -künstler Attai Chen, Carina Chitsaz-Shoshtary, Sungho Cho, Laura Deakin, Melanie Isverding und Emma Price. Einführung durch Dr. Ellen Maurer Zilioli, Galeristin und Kunstkritikerin.
(Siehe auch unter Meldungen)

Meldungen

Gebührenfreiheit für Berufsausbildung im Handwerk: Stadt macht Ernst
(21.2.2013) Nachdem sich seit dem erfolgreichen Volksbegehren der Freien Wähler, der SPD und der Grünen eine Abschaffung der Studiengebühren in Bayern abzeichnet, macht die Stadt München mit der für diesen Fall von Oberbürgermeister Christian Ude angekündigten Abschaffung der städtischen Gebühren bei der Beruflichen Bildung Ernst: Bei einem Gespräch mit dem Präsidenten der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Heinrich Traublinger, und dem Hauptgeschäftsführer Dr. Lothar Semper, hat Oberbürgermeister Ude das Referat für Bildung und Sport beauftragt, dem Stadtrat baldmöglichst einen Beschlussentwurf vorzulegen, der die Abschaffung dieser Gebühren bereits für das kommende Ausbildungsjahr vorsieht. Die Gebührenbefreiung soll sowohl für die städtischen Fachschulen wie auch die Meisterschule des gemeinsamen Zweckverbands mit der Handwerkskammer gelten. Die Kostenbelastung für die Handwerkskammer beläuft sich auf rund 100.000 Euro, die laut Präsident Traublinger „noch verkraftbar" seien, die Gesamtbelastung der Landeshauptstadt auf einen Betrag zwischen ein und zwei Millionen Euro.

Oberbürgermeister Christian Ude: „Mit einer entsprechenden Beschlussfassung, die zunächst im Ausschuss für Bildung und Sport und dann in der Vollversammlung erfolgen müsste, könnte der Stadtrat der Landeshauptstadt die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung unterstreichen. Anlass zu uneingeschränktem Jubel besteht aber nicht, da auf der anderen Seite das Gefälle der Gebührenbelastung zwischen nichtstädtischen (Meistervorbereitungskurse der Kammern und Innungen) und städtischen Bildungseinrichtungen der Beruflichen Bildung sogar noch zunimmt. Eine Linderung könnte hier die Forderung der Bayerischen Handwerkskammern bringen, dass der Freistaat Bayern einen „Meisterpreis von 1.000 Euro" für jede bestandene Meisterprüfung aussetzt. Dies wäre angesichts der häufig sehr viel teureren Prüfungsgebühren wenigstens eine teilweise Entlastung." Über die anders gelagerte Situation bei Industrie und Handel wird der Oberbürgermeister in der nächsten Woche mit dem Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Peter Driessen, ein Gespräch führen.

Glückwünsche für Professor Dr. Mehnert zum 85. Geburtstag

(21.2.2013) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Professor Dr. Hellmut Mehnert zum bevorstehenden 85. Geburtstag: „Als Landeshauptstadt schätzen wir uns glücklich, dass wir mit Ihnen einen so bedeutenden Mediziner und Wissenschaftler mit den Geschicken unserer Stadt verbunden wissen.

Anlässlich Ihres Ehrentages erscheint es angemessen, auch ein wenig auf Ihr Leben zurück zu blicken. Denn der Beginn Ihrer akademischen Laufbahn war wahrlich nicht einfach. Noch als Abiturient wurden Sie nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges 1946 in das sowjetische Speziallager Nr. 1, Mühlberg, verschleppt. Unter Hunger und katastrophalen hygienischen Zuständen, Krankheiten und herrschender Gewalt wurden Sie als junger Mann im Lager festgehalten, bis Sie im Juli 1948 entlassen wurden. Unzählige Menschen verloren damals ihr Leben; deutsche Ärzte waren machtlos. Für uns, die Vergleichbares nicht erlebt haben, eine unvorstellbare Situation!

Als gebürtiger Leipziger haben Sie dann – trotz wirklich schwieriger Umstände – 1949 an der Ludwig-Maximilians-Universität München das Studium der Medizin aufgenommen, das Sie im Jahre 1954 mit dem Staatsexamen und der Promotion abgeschlossen haben. Der Anfang einer beachtlichen Karriere, deren Hauptarbeitsgebiete Diabetologie, Ernährungskrankheiten und Stoffwechselleiden waren.

Um nur einige Stationen zu nennen:

Ihre zehnjährige Tätigkeit an der Medizinischen Poliklinik der LMU bei Professor Dr. Walter Seitz. Ihre Tätigkeit als Gastarzt an der Joslin Clinic in Boston, USA. Der Erwerb des Titels Facharzt für Innere Krankheiten und Privatdozent für Innere Medizin (1964). Und schließlich Ihre Tätigkeit als Chefarzt der III. Medizinischen Abteilung des Akademischen Lehrkrankenhauses München Schwabing von 1966 bis 1993. In dieser Zeit führten Sie 1967 in München die weltweit größte Diabetes Früherfassungsaktion durch. Sie errichteten das erste und größte Schulungszentrum für Diabetiker in der Bundesrepublik Deutschland. Zudem gründeten Sie den interdisziplinären Schwerpunkt zur Betreuung diabetischer Schwangerer und die Bereiche Angiologie und Gastroenterologie. Ab 1968 bereits waren Sie als Vorstand des Institutes für Diabetesforschung in der Forschung tätig. Als wesentliche Themen sind hier die Entstehung und Prävention des Diabetes, die Entwicklung neuer diagnostischer und therapeutischer Ansätze, die Beschäftigung mit seltenen Diabetesformen, – als Folgeschäden – die Erkrankungen an den Blutgefäßen, die Förderung von Forschungstätigkeit und die kontinuierliche Evaluierung durch auswärtige Gutachter zu nennen. Die aus diesen Arbeiten hervorgegangenen Resultate erhielten zahlreiche Auszeichnungen. Zu erwähnen sind hier auch noch die mehr als 1.500 Publikationen, die Sie erstellt haben.
Von 1975 bis 1991 leiteten Sie das Krankenhaus München-Schwabing als ärztlicher Direktor. 1964 bis 1990 vertraten Sie die Bundesrepublik Deutschland im Diabetes-Experten-Komitee der Weltgesundheitsorganisation. 1994 bis 2000 hatten Sie das Amt des Präsidenten der Deutschen Diabetes Union inne. Seit 2000 sind Sie der Ehrenpräsident der Deutschen Diabetes Union und seit 2001 Vorsitzender des deutschen Dachverbandes Endokrinologie/Diabetologie.
Hervorzuheben sind hier noch neben den zahlreichen anderen Auszeichnungen, die Sie und Ihre Arbeit erhalten haben, die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und des Bayerischen Verdienstordens.
Für die kommenden Jahre wünsche ich Ihnen alles erdenklich Gute, vor allem Glück, Gesundheit und persönliches Wohlergehen."

Start zur Wahl der Seniorenvertretung

(21.2.2013) „Über 60 und kein bisschen leise!" – unter diesem Motto steht die 10. Seniorenvertretungswahl für die Amtszeit 2013 mit 2017. Der Versand der Wahlunterlagen läuft bereits. Wahlberechtigt sind knapp 333.000 Münchnerinnen und Münchner, die am Wahltag, dem 19. März 2013, das 60. Lebensjahr vollendet und seit mindestens sechs Monaten ihren Hauptwohnsitz in München haben. Alle ausländischen Bürgerinnen und Bürger sind ebenfalls wahlberechtigt. Die Seniorenvertretungswahl wird als reine

Briefwahl durchgeführt. Der späteste Abgabetermin für die Briefwahlunterlagen ist der 19. März. Insgesamt gibt es rund 15.500 wahlberechtigte Personen mehr als bei der letzten Wahl vor vier Jahren.
Die Seniorenvertretung mit dem Seniorenbeirat an der Spitze gibt es seit 1978. Das Gremium mit beratender Funktion ist überparteilich und unabhängig.

Wahl zur Seniorenvertreterversammlung – Verfahren und Ablauf

Der Aufruf zur Kandidatur erfolgte im November 2012. Insgesamt wurden 227 Kandidatinnen und Kandidaten mit fristgerechtem Antrag vom Wahlausschuss zugelassen. Die Mitglieder der Seniorenvertretung werden für jeden Stadtbezirk getrennt gewählt. Die Zahl der Sitze in der Seniorenvertreterversammlung hängt davon ab, wie viele über 60-Jährige im Stadtbezirk wohnen. Jedem Stadtbezirk steht pro angefangene 2.000 Wahlberechtigte ein Sitz in der Seniorenvertretung zu. Die Bandbreite ist groß und reicht von drei (Altstadt-Lehel) bis 15 Sitzen (Ramersdorf-Perlach). Die kommende 10. Seniorenvertretung wird aus höchstens 169 Personen bestehen. Die maximal mögliche Zahl von 179 Sitzen kann nicht erreicht werden, da in einigen Stadtbezirken nicht so viele Bewerberinnen und Bewerber angetreten sind, wie Plätze für die Seniorenvertretung zu vergeben wären.
2012 wurde die Satzung für die Seniorenvertretung der Landeshauptstadt München geändert und über die Wahlordnung auch ein Mehrstimmensystem eingeführt. Demnach haben alle Wahlberechtigten so viele Stimmen, wie Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter im Stadtbezirk wählbar und tatsächlich auch zur Wahl angetreten sind. Eine „Häufelung“ von bis zu drei Stimmen pro Kandidatin beziehungsweise Kandidat ist möglich. Die Gesamtstimmenzahl für den jeweiligen Stadtbezirk ist auf dem Stimmzettel zu ersehen. Sie darf nicht überschritten werden, sonst ist die Stimmabgabe ungültig.
Wer im jeweiligen Stadtbezirk die meisten Stimmen erhält, wird Mitglied des Seniorenbeirats. Es gibt 25 Seniorenbeiratsmitglieder, so viele wie Stadtbezirke. Die Kandidatinnen und Kandidaten mit den nächsthöheren Stimmzahlen sind – entsprechend der Zahl der Sitze, die auf den jeweiligen Stadtbezirk entfallen – Mitglieder der Seniorenvertretung. Die Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter nehmen die Interessen der Seniorinnen und Senioren in ihrem Stadtbezirk wahr und arbeiten mit dem Bezirksausschuss und den Altenhilfeeinrichtungen zusammen. Ein Antragsrecht im Seniorenbeirat hat aber nur das gewählte Mitglied des Seniorenbeirats. Die neue Wahlordnung stellt zudem sicher, dass auch Migrantinnen und Migranten im Seniorenbeirat angemessen vertreten sind. Zusätzlich zu den 25 Seniorenbeiratsmitgliedern können bis zu vier weitere Mitglieder ausländischer Nationalität gewählt werden, sofern sie nicht bereits zu den

25 gewählten Bürgerinnen und Bürgern zählen. Diese Plätze stehen den Kandidatinnen und Kandidaten mit den meisten Wählerstimmen zu. Der Seniorenbeirat kann somit maximal 29 Personen umfassen.
Die Mitglieder des Seniorenbeirats wählen am 20. Juni 2013 aus ihrer Mitte den Vorstand, der aus einer oder einem Vorsitzenden, drei Stellvertretungen und einer Schriftführerin oder einem Schriftführer besteht. Die bzw. der Vorsitzende vertritt den Seniorenbeirat nach außen und sorgt für die Durchführung aller Beschlüsse. Die Amtszeit des neu gewählten Seniorenbeirates beginnt am 19. Juni 2013 und endet am 19. Juni 2017.

Hohe Wahlbeteiligung als Ziel

Derzeit gibt es verschiedene Aktionen, um auf die Wahl aufmerksam zu machen und eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Seniorenvertretungswahl stellen sich auch persönlich vor – überwiegend in den Alten- und Servicezentren (ASZ) der einzelnen Stadtbezirke. Die Termine der Veranstaltungen sind in den jeweiligen ASZ zu erfahren oder im Internet unter *www.muenchen.de/seniorenvertretung* zu finden.
Bei der letzten Wahl im Jahr 2009 lag die Wahlbeteiligung bei knapp 27 Prozent. Bürgermeisterin Christine Strobl: „Ich ermutige alle Seniorinnen und Senioren, die Möglichkeit der Direktwahl zu nutzen und durch eine hohe Wahlbeteiligung die Bedeutung ‚ihres' Gremiums in der öffentlichen Wahrnehmung zu unterstreichen. Aus Sicht der Landeshauptstadt ist es wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung unserer Stadtgesellschaft beteiligen. München soll auch für ältere Menschen eine lebenswerte und attraktive Stadt bleiben."

Initiativen des Seniorenbeirats

Der Seniorenbeirat vertritt die Anliegen älterer Menschen in der öffentlichen Diskussion – sichtbar und wahrnehmbar als demokratisch gewähltes Gremium. „Älter werden und aktiv bleiben" – in diesem Sinne hat der Seniorenbeirat in der Vergangenheit verschiedene Initiativen auf den Weg gebracht – so auch 2012 im Rahmen des „Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen" mit einer großen Podiumsdiskussion am 19. Oktober 2012 im Rathaus, die starkes Interesse fand. Der Seniorenbeirat nimmt zudem öffentlich Stellung zu Reformplänen im Bereich der Gesundheits-, Pflege- und Rentenpolitik und gibt Anregungen zu den Themen „Sicherheit und Verbraucherschutz". Bereits vor 15 Jahren wurde auf Initiative des Seniorenbeirats das Projekt „Sicherheitsberaterinnen und -berater" gemeinsam mit der Polizei ins Leben gerufen, um ältere Menschen auf Gefahren aufmerksam zu machen. Derzeit gibt es 14 geschulte Sicherheitsberaterinnen und -berater für Senioren. Sie halten regelmäßig Vorträge zu Themen wie Trickbetrüger, Diebstahl, Falschgeld, Brandschutz, Sicherheit zu Hause, im Straßenverkehr und in öffentli-

chen Verkehrsmitteln. In den vergangenen vier Jahren wurden dazu stadtweit über 400 Informationsveranstaltungen durchgeführt.
Viele Verbesserungsvorschläge, von denen letztlich alle Münchner Bürgerinnen und Bürger profitieren, gehen auf Initiativen des Seniorenbeirats zurück – bei der städtischen Infrastruktur, im öffentlichen Nahverkehr und in der Verkehrssicherheit, zum Beispiel längere Ampelschaltungen bei Fußgängerübergängen. Einmal jährlich lädt der Seniorenbeirat alle Heimbeiräte zu einer Informationsveranstaltung ein und unterstützt tatkräftig die ehrenamtlichen Besuchsdienste in den Alten- und Pflegeheimen. Die Seniorenbeiräte sind auch Mitglieder der örtlichen „Arbeitsgemeinschaften der Altenhilfe" (öAG), die unter der Federführung der „Alten- und Service-Zentren" (ASZ) Versorgungs- oder Angebotslücken aufzeigen und Programme, Angebote und Aktivitäten planen, koordinieren und umsetzen.

Gesellschaftliche Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger

Der Seniorenbeirat und die Seniorenvertretung verstehen sich aber nicht nur als Interessenvertretung der Altersgruppe „60 plus". Es geht auch um das Verbindende zwischen den Generationen, um gesellschaftliche Verantwortung. Ein Beispiel dafür sind die vom Seniorenbeirat organisierten Seniorennachmittage auf dem „Sommer-Tollwood-Festival." Das Miteinander über die Generationen hinweg, insbesondere aber auch das Miteinander deutscher und ausländischer Bürgerinnen und Bürger, wird mit vielen kulturellen Veranstaltungen, Aktionen, Initiativen und Projekten in den Stadtbezirken gefördert. Zur Vernetzung der Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten werden alle wichtigen Themen über das „Internationale Seniorenforum" – einem Zusammenschluss von Vertreterinnen und Vertretern des Seniorenbeirats, des Ausländerbeirats und von Einrichtungen und Initiativen der Altenhilfe – abgestimmt.

Serviceangebote des Seniorenbeirats

Der Seniorenbeirat bietet Beratungen zu Fragen rund um das Thema „Alter" zu festen Sprechzeiten, am Dienstag und Donnerstag, 9.30 bis 12 Uhr, in der Burgstraße 4. Alle zwei Wochen findet beim Seniorenbeirat eine Rentenberatung, einmal im Monat eine Rechtsberatung in Zusammenarbeit mit dem Münchner Anwaltsverein e.V. statt.
Bei Fragen zur Wahl der Seniorenvertretung stehen das Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung, Hilfen im Alter und bei Behinderung, Telefon 2 33-4 81 94 beziehungsweise 2 33-4 81 95, und der Seniorenbeirat, Telefon 2 33-2 11 66, zur Verfügung. Weitere Informationen, alle Unterlagen zur Wahl und die Wahlplakate sind im Internet zu finden unter *www.muenchen.de/seniorenvertretung*

Kabarettpreis der Landeshauptstadt 2013 an Christian Springer

(21.2.2013) Der Kulturausschuss des Stadtrats hat in seiner heutigen Sitzung das Votum der Jury bestätigt, den mit 6.000 Euro dotierten Kabarettpreis der Landeshauptstadt München 2013 an Christian Springer zu vergeben. Mit dem biennal verliehenen Preis werden künstlerisch herausragende Leistungen in den Bereichen Kabarett und Kleinkunst ausgezeichnet.
Der Jury gehörten an: Nicole Graner, SZ; Albert Kapfhammer, Kultur und Spielraum; Sabine Rinberger, Valentin-Musäum; Katinka Strassberger, BR; Thomas Thieringer, Süddeutsche Zeitung, und die Stadtratsmitglieder Michael Leonhart, Regina Salzmann (beide SPD), Dr. Florian Roth (Die Grünen/Rosa Liste), Beatrix Burkhardt und Elisabeth Schmucker (beide CSU).
Sie begründete ihr Votum wie folgt:
„Christian Springer, 1964 in München geboren, gründete noch als Schüler mit Helmut Schleich und Andreas Rüttenauer das „Kabarett Fernrohr". Das Trio machte sich frech und ungeniert über alle möglichen Themen her, vom gymnasialen Elternabend bis hin zum päpstlichen Segen in Badekappe, und tourte höchst erfolgreich in Münchner Hinterhofbühnen.
Christian Springer arbeitet und lebt nicht nur in München als Kabarettist, Autor und Schauspieler, sein künstlerisches Wirken ist auch eng mit seiner Heimatstadt verbunden. So setzt er sich in seinem Soloprogramm „Was Weiß Ferdl" zum 50. Todestag des beliebten Münchner Volkssängers in einer Doku-Satire vor allem mit den dunklen Seiten von Weiß Ferdls Schaffen im Nationalsozialismus auseinander. In Ensembleprogrammen wie „Sternhagelbairisch - Am Abgrund der Gemütlichkeit" und „Das Schweigen der Rauten" beleuchtet Christian Springer Idiom, Eigen- und Abarten der Bewohner Münchens. Er zeichnet für Texte beim Starkbieranstich auf dem Nockherberg und für Ottis Schlachthof verantwortlich, ist Buchautor, Mitglied der „Turmschreiber" und Mitbegründer des Kabarett Kaktus, Münchens wichtigstem Wettbewerb für den Kabarett- und Kleinkunstnachwuchs.
Mit seinem „Fonsi", dem Kassenwart von Schloss Neuschwanstein mit blauer Uniform und Aktentasche, hat er eine Kunstfigur geschaffen, die es ihm erlaubt, alles und jeden satirisch aufs Korn zu nehmen, von den Auswüchsen auf der Wiesn bis zum Treiben der Münchner Promis, grübelnd und grantelnd, ausgeschlafen, alltagsschlau und liebenswürdig. Manchmal ist auch Schluss mit lustig, dann legt er seine Uniform ab, um dem einen oder anderen Politiker mal „ganz privat" vor laufender Kamera den Kopf zu waschen. Dafür gibt es viel Applaus im Publikum und 100.000 Klicks auf youtube.
Dass er ein aktiver kritischer Geist ist, beweist Springer auch mit seinem Engagement für die syrischen Flüchtlinge und seiner jahrelangen Jagd nach dem NS-Kriegsverbrecher Alois Brunner in Syrien. Die Erlebnisse seiner Privatmission im Orient hat er in dem Kabarettprogramm „Sand in der

Wasserpfeife" und in dem kürzlich erschienenen Buch „Nazi komm raus!" verarbeitet."
Der Preis wird am 17. Mai von Oberbürgermeister Christian Ude im Rahmen einer geschlossenen Feier im Alten Rathaus verliehen.
Informationen zum Kabarettpreis unter: *www.muenchen.de/kulturfoerderung* unter „Preise".

Vergabe der Theater- und Tanzförderung 2013
(21.2.2013) Der Kulturausschuss des Stadtrats hat in seiner heutigen Sitzung die Förderung von 15 Theater- und vier Tanzprojekten der freien Szene mit einer Gesamthöhe von 721.500 Euro beschlossen. Um flexibel agieren zu können, wird über Projektförderungen jährlich entschieden. Die institutionelle Förderung freier Bühnen erfolgt im zweijährigen Rhythmus, um Kontinuität und Planungssicherheit zu ermöglichen. Bereits 2012 wurde die institutionelle Förderung von Metropoltheater München, Pathos München, TamS-Theater, Teamtheater Tankstelle, Theater Viel Lärm um nichts, Theater Blaue Maus und Theta e.V./Theater... und so fort festgelegt. Die Theater erhalten auch in diesem Jahr insgesamt 650.000 Euro kommunale Unterstützung.
2013 werden außerdem sog. Optionsförderungen sowie Arbeits- und Fortbildungsstipendien für Darstellende Kunst in Höhe von insgesamt 137.000 Euro ausgereicht. Mit Optionsförderungen können einzelne Gruppen oder Künstlerinnen und Künstler bis zu drei Jahre in Folge finanziell unterstützt werden, um ihre künstlerische Linie kontinuierlich weiterzuentwickeln.
Projektförderungen im Bereich Theater gehen an

- die „Bairishe Geisha" (Judith Huber und Eva Löbau) für das Projekt „Pornokabarett". Es geht auf Erkundungsreise in die unheimliche Striptease-(Un-)Kultur, bei welcher die beiden Bairishen Geishas verborgenen Ritualen und Codes, aber auch der komischen Dimension des Ausziehens und Begaffens auf die Spur kommen möchten.
- Holger Dreissig, der sich mit „23. Stunde: Verwaltungsperformance: Tapententür" seinen auf 24 Teile angelegten Zyklus fortsetzt. Er wird in dieser Produktion auf seine Art in der Zeit reisen und Zukunft „erfinden".
- die Performerin Ruth Geiersberger. Sie möchte in ihrem Projekt „Sososososo – Andachtsübungen" das Münchner Publikum auf behutsame und zugleich raffinierte Weise zu meditativem Innehalten im öffentlichen Raum ver- und entführen.
- Tobias Ginsburg und die Gruppe Fake[to]Pretend GbR, die für ihr Projekt „Neuland. Eine radikale Revue" gefördert werden. Die Gruppe begibt sich auf die Suche nach Utopien und lassen ein Neuland auf der Bühne entstehen.

- die Performancegruppe „Hunger & Seide“ (Judith Al Bakri und Jochen Strodthoff) mit „Freundschaft“ – auf der Suche nach einem Modell des Miteinanders. Das Projekt positioniert drei real existierende Freundschaften als Gegensatz zu „Freundschaften“ in sozialen Netzwerken.
- Berkan Karpat. Mit „11 koranische Installationen zum Thema Lobpreisung (Dhikr) in aller Weisheit“ lässt er den Koran als Manifest der Ästhetik, wie er jahrhundertelang verstanden wurde, wieder aufleben.
- Stefan Kastner. In „Germania 2 – Paradiso“ entwickelt Stefan Kastner konsequent das fiktive „Paradies“ des Opernbetriebs weiter und lässt das Münchner Publikum tief in sein verwickeltes Vernetzungskunstwerk eintauchen.
- das Kollektiv um Anton Kaun, Dominik Obalski und Bülent Kullukcu, das „Die Robotermärchen“ realisieren wird. Das Publikum erlebt als multimediales Science-Fiction-Theater , wie nationalistische Tendenzen entstehen können.
- die Gruppe „Orpheus“ mit Martina Veh, Christopher Robson und Alexander Strauch. Sie wird mit „STYX orfeo’s past now“ verschiedene Zeit – Raum – Ebenen schaffen, die in die „alte“ Geschichte von Orpheus und Eurycide eingezogen werden.
- die Komponistin Helga Pogatschar mit „Leben + Tod von Nora Gomringer“. Gemeinsam mit drei anderen Frauen (Gesang / Tanz / Schauspiel) zeichnet sie auf der Bühne das Leben der Schriftstellerin und Performerin Nora-Eugenie Gomringer mit den Mitteln des Kunstlieds und der Kammermusik nach.
- die Regisseurin Waltraud Lehner, die Sprache, Musik und Bilderwelten in einem Musiktheaterprojekt - basierend auf Jon Fosses Stück „Sommertag“ - miteinander verbindet. Das Publikum wird Teil des Geschehens, das interaktiv angelegt ist.
- die Gruppe „Testset GbR“ um die Regisseurin und Schauspielern Gesche Piening. Sie untersucht in „Kunst von glücklichen Künstlern“ die These, dass ein von ökonomischen Zwängen befreiter Künstler die bessere Kunst schafft.
- Eos Schopohl und ihr Theater FischundPlastik. Mit „Wellen – eine Suche nach dem verlorenen Ich“ wollen sie die Spätfolgen der Kolonisation aufzeigen, indem sie die literarischen Figuren aus Virginia Woolfs gleichnamigem Text mit den Schicksalen von Menschen aus Kolonien verknüpfen.
- Jörg Witte mit „Fast ein bisschen Frühling“ nach einer Erzählung von Alex Capus über zwei Männer, die sich zu Beginn des Dritten Reiches auf den Weg nach Indien machen, um ein besseres Leben zu finden.
- Dominik Müller für sein Debütprojekt „Germania – Next Topmodel“. Es setzt sich mit dem deutschen Frauenbild auseinander – von „Germa-

nia" bis zum heutigen Topmodel – und untersucht Posen und Bewegungen, die typisch sind für deutsche Frauenbilder.

Projektförderungen im Bereich Tanz gehen an

- Sebastian Blasius für das Projekt „Erasing Café M", in dem er die prominente Inszenierung „Café Müller" von Pina Bausch rekonstruiert. Indem er Vergangenes neu in den Blick nimmt, entrückt er es aus archivarischen und musealen Prozessen.
- den Tänzer und Choreographen Stefan Dreher für „Dancing Days". Anknüpfend an die amerikanische Tradition 24-stündiger Tanzmarathons will er das Spektakuläre und Exzessive dieses Formats befragen.
- Stephan Herwig für das Projekt „Editorial bareback", in dem er sich mit dem Thema Homosexualität auf der Bühne auseinandersetzt.
- den Tänzer und Choreographen Richard Siegal für sein neues Projekt „Bewegung und Klang". Dabei interagieren Musik und Choreographie so, dass herkömmliche Rezeptionsweise von Tanz und Musik erweitert werden.

Zudem wurden zwei Optionsförderungen im Bereich Tanz für Micha Purukker und Anna Konjetzky mit der Empfehlung der Weiterführung in den Jahren 2014 und 2015 beschlossen. Micha Purucker rückt die Einzigartigkeit der Kommunikation von und mit Körpern in den Fokus und setzt diesen künstlerischen Ansatz in mehreren Produktionen um. Choreographin Anna Konjetzky setzt sich bereits seit mehreren Jahren mit den Wechselwirkungen von Körper und Raum auseinander und kann dieses Grundthema weiterhin behandeln. Sie plant dabei unter anderem Kooperationen mit Hanoi National Opera and Ballett wie auch Festivalbeiträge.
Arbeits- und Fortbildungsstipendien im Bereich Theater erhalten Emre Akal und Tunay Önder, das Kollektiv „Institut für Glücksfindung" und Christina Ruf.
Beim Kulturreferat waren für den Förderzeitraum 2013 insgesamt 137 gültige Anträge auf Projektförderung aus der freien Theater- und Tanzszene eingegangen. Sie wurden vor der Stadtratsentscheidung von den Jurys für die freien Theatergruppen und die Tanzgruppen, denen jeweils externe Fachleute sowie Stadtratsmitglieder angehören, gesichtet und bewertet. Die Jurybegründungen und die Höhe der jeweiligen Förderungen sind unter *www.muenchen.de/theaterszene* bzw. *www.muenchen.de/tanz* zu finden.

DANCE Festival im Mai 2015 unter Leitung von Nina Hümpel

(21.2.2013) Das internationale Münchner Tanzfestival DANCE, das alle zwei Jahre von der Stadt München veranstaltet wird, wird künftig im Mai statt im Herbst stattfinden. 2015 wird es von Nina Hümpel kuratiert, die gemeinsam mit Dieter Buroch bereits DANCE 2012 verantwortet hat. Die-

se Entscheidungen wurden heute im Kulturausschuss des Münchner Stadtrats getroffen: „Mit Nina Hümpel haben wir eine künstlerische Leitung, die über profunde Kenntnisse der zeitgenössischen Tanz- und Kulturszene verfügt. Nach dem großen Publikumserfolg von DANCE 2012 werden wir gemeinsam daran arbeiten, die Tanzbiennale noch markanter im internationalen Festivalkalender zu platzieren", so Dr. Hans-Georg Küppers, Kulturreferent der Landeshauptstadt München.
Um diese Profilierung zu erreichen, soll der Festivalzeitpunkt so gelegt werden, dass aktuelle internationale Produktionen aus dem Herbst und Winter in München als Deutschlandpremiere gezeigt werden können. München positioniert sich damit auch im Bereich des zeitgenössischen Tanzes im Wettbewerb der europäischen Kulturmetropolen. Der neue Festivaltermin im Frühjahr bietet auch den Vorteil, dem öffentlichen Raum eine stärkere Rolle als Spielort zu geben.
Das von Nina Hümpel und Dieter Buroch entwickelte Konzept hat 2012 das Festivalprogramm für ein breites Publikum attraktiv gemacht. Das Ziel, die Aufmerksamkeit für den zeitgenössischen Tanz zu stärken, wurde mit der qualitätsorientierten Auswahl erreicht. Das Leitungsduo hat die Rolle der Gastgeber übernommen, neue Kooperationspartner für DANCE gewonnen, die Kommunikation mit dem Publikum gesucht und Unterstützer akquiriert. Dieser Weg soll weiter beschritten werden, Nina Hümpel wird als Leiterin des nächsten Festivals im Mai 2015 für Kontinuität sorgen. Dieter Buroch steht aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung.
Nina Hümpel, die mit tanznetz.de die größte Online-Community für künstlerischen Bühnentanz Europas aufgebaut hat, ist über ihre bisherigen Tätigkeiten mit allen relevanten Institutionen vernetzt. Über Access to Dance, Tanzplan Deutschland, die Redaktion für das Tanzportal für Bayern und ihre Tätigkeit als Jurorin in München und Bayern hat sie Kontakt zu wichtigen Akteuren. Außerdem kennt sie die Spielorte, Veranstalter und mögliche Kooperationspartner vor Ort, das Tanzprogramm der letzten drei Jahrzehnte in München und die lokale Tanzszene.
„Ich freue mich auf die Herausforderung, das wachsen zu lassen, was Dieter Buroch und ich bei DANCE 2012 gesät haben, und hoffe auf eine reichhaltige künstlerische Ernte bei DANCE 2015", so Nina Hümpel.

Pasing Zentrum: Neugestaltung von Straßen und Plätzen
(21.2.2013) Der Bauausschuss des Stadtrats hat in seiner jüngsten Sitzung am 19. Februar dem Baureferat die Ausführungsgenehmigung zur Neugestaltung des Pasinger Bahnhofsplatzes, der Bäckerstraße, der Straße Am Schützeneck und der Landsberger Straße zwischen Am Knie und Gleichmannstraße erteilt. Grundlage für die Neugestaltung ist das Ver-

kehrskonzept Pasing-Zentrum, das hier einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich vorsieht. Die beschlossenen Maßnahmen bilden den 3. Bauabschnitt des Gesamtprojektes „Neugestaltung von Straßen und Plätzen Pasing Zentrum". Die Bauarbeiten für diesen Teilbereich sollen im März 2013 beginnen und im Dezember 2013 weitgehend abgeschlossen sein. Der Bauausschuss genehmigte hierfür Mittel in Höhe von 11,35 Millionen Euro.
Durch die Neugestaltung wird der Verkehr deutlich reduziert sowie die Aufenthaltsqualität und Kaufkraftbindung erhöht. Der Bahnhofsvorplatz wird zu einem städtebaulich attraktiven Ort umgestaltet. Mit der neuen Platzfläche werden der Bushaltebereich, die Zugangstunnel zur Bahn, die Pasing Arcaden und die künftige Promenade mit dem historischen Geschäftszentrum Pasings besser verknüpft. Zudem bietet die neue Platzfläche genug Raum für gastronomische Angebote und temporäre Aktionen.
In der Bäckerstraße erhöht sich die Aufenthaltsqualität und Verkehrssicherheit durch verbreiterte Gehwege und Baumpflanzungen. Tram, Bus, Taxen, Anlieger- und Anlieferverkehr erhalten in der Straßenmitte eine gemeinsame Fahrspur. Außerdem werden die Geh- und Fahrbahnen der Straße Am Schützeneck erneuert.
In der Landsberger Straße entsteht im Abschnitt zwischen Gleichmann- und Bäckerstraße ein verkehrsberuhigter Bereich. Gehwege und Aufenthaltsflächen werden verbreitert; eine Tramhaltestelle wird eingerichtet. Tram, Bus, Taxen, Anlieger- und Anlieferverkehr fahren in der Straßenmitte. An der Südseite dieses Abschnittes werden Bäume gepflanzt.
Im Abschnitt zwischen Bäckerstraße und Am Knie wird in der Landsberger Straße eine klassische Allee angelegt. Die vorhandenen vier Fahrbahnen werden auf zwei reduziert. Auf beiden Seiten werden jeweils eine Baumreihe gepflanzt und Parkbuchten angelegt. Die Gehwege werden teilweise verbreitert und auf beiden Straßenseiten Radwege angelegt. Um eine möglichst durchgehende Bepflanzung zu ermöglichen, wird die Bushaltestelle an der Kreuzung Offenbacher-/ Landsberger Straße nach Norden in die Offenbacher Straße verlegt. Die Straßenbahngleise werden außerhalb der Haltestellen- und Kreuzungsbereiche als Rasengleis angelegt, um den Charakter einer „Grünen Magistrale" zu stärken.
Für eventuelle Beeinträchtigungen während der Bauarbeiten bittet das Baureferat um Verständnis.

Landeshauptstadt führt Familienpflegezeit ein

(21.2.2013) Wie schon die Deutsche Post AG, die Deutsche Telekom AG oder die Landeshauptstadt Wiesbaden führt auch die Stadt München die Familienpflegezeit ein. Wie wichtig diese Maßnahme für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, beschreibt Personal- und Organisati-

onsreferent Dr. Thomas Böhle: „Aufgrund der demographischen Entwicklung, die unter anderem zur Folge hat, dass die Lebenserwartung steigt, ist abzusehen, dass immer mehr Menschen Beruf und häusliche Pflege miteinander vereinbaren müssen. Auch bei der Landeshauptstadt München werden damit vermehrt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Situation kommen, die Pflege von Angehörigen bewältigen zu müssen."
Ende 2011 gab es nach der Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes insgesamt rund 2,5 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland. Mehr als zwei Drittel von ihnen werden von Angehörigen zu Hause versorgt. Die Übernahme häuslicher Pflege wirft für berufstätige Frauen und Männer erhebliche Probleme auf. Das Gesetz zur Familienpflegezeit, das Anfang 2012 in Kraft getreten ist, soll nun die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessern.
Der Verwaltungs- und Personalausschuss des Münchner Stadtrats stimmte dieser freiwilligen Maßnahme zu. Sie ermöglicht, dass betroffene Beschäftigte der Landeshauptstadt München ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 15 Wochenstunden reduzieren können. Das Gehalt wird dann nur um die Hälfte der Arbeitsverringerung reduziert werden. Den Aufstockungsbetrag streckt die Arbeitgeberin Stadt München vor. Im Anschluss an die Familienpflegezeit muss der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin den Aufstockungsbetrag zurückzahlen. Für einen Zeitraum, der der Pflegephase entspricht, arbeiten die Beschäftigten wieder in ihrem vollen Wochenstundenmaß, aber mit reduziertem Gehalt.

Münchner Hochschulpreis – jetzt bewerben

(21.2.2013) Die Bewerbungsrunde um den Hochschulpreis 2013 der Landeshauptstadt München geht in die Endphase. Seit 1992 prämiert die Stadt jährlich herausragende Abschlussarbeiten, die sich mit der Stadt München und ihrer wirtschaftlichen, strukturellen oder kulturellen Entwicklung beschäftigen. Bewerben kann sich, wer seine Abschlussarbeit (Bachelor- und Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationen) nach dem 1. Januar 2010 an der Ludwig-Maximilians-Universität München, der Technischen Universität München oder der Hochschule München eingereicht hat. Der Hochschulpreis ist mit jeweils 4.000 Euro dotiert. Die Jury setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulen und der Stadt München zusammen. Die Ausschreibungsfrist für den Hochschulpreis 2013 endet am 11. März 2013.
Einsendungen sind zu adressieren an Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Stichwort: Hochschulpreis, Herzog-Wilhelm-Straße 15, 80331 München. Informationen im Internet unter *www.muenchen.de/rathaus/wirtschaft/wissenschaft-forschung/hochschulpreis.html*

Verlegung des Bauernmarkts am Josephsplatz
(21.2.2013) Ab Dienstag, 26. Februar, findet der Bauernmarkt am Josephsplatz wenige hundert Meter südlich an der Ecke Zieblandstraße/Augustenstraße statt. Grund hierfür ist der Bau einer Tiefgarage unter dem Josephsplatz. Marktzeiten und Angebot werden sich nicht ändern, auch am neuen Platz gibt es jeden Dienstag von 11 bis 18 Uhr ausschließlich Produkte aus der Region, die von den Erzeugern selbst vermarktet werden.

Bauzentrum: Vortrag über Schutz vor Legionellen im Trinkwasser
(21.2.2013) Legionellen im Trinkwasser sind vor allem beim Duschen ein gesundheitliches Risiko. Mit der seit Ende 2011 novellierten Trinkwasserverordnung soll ein besserer Schutz vor Legionellen im Warmwasser erreicht werden. Welche Verpflichtungen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer sowie Betreiberinnen und Betreiber von Warmwasserspeichern haben, welche Schwachstellen es in der Hausinstallation gibt und was zum Schutz vor Verkeimung getan werden kann, erläutert der Sachverständige Alexander Schaaf in seinem Vortrag am Dienstag, 26. Februar, 18 Uhr, im Bauzentrum München an der Willy-Brandt-Allee 10. Individuelle Fragen der Besucherinnen und Besucher wird Schaaf nach Möglichkeit beantworten.Der Eintritt für den Infoabend ist frei. Nähere Informationen im Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, Telefon: 54 63 66-0, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Schmuckkunst in den Kunstarkaden
(21.2.2013) Eine aus Stoff komponierte Landschaft als Ausstellungsfläche verbindet in der Ausstellung „The Lunatic Swing“ in den Kunstarkaden die individuellen Werke sechs internationaler, in München lebender junger Schmuckkünstlerinnen und -künstler. Attai Chen aus Israel, Songho Cho aus Korea, Laura Deakin und Emma Price aus Australien, Carina Chitsaz-Shoshtary und Melanie Isverding aus Deutschland studierten an der Akademie der Bildenden Künste München in der Schmuckklasse bei Prof. Otto Künzli. In ihren Arbeiten entwickeln sie eine Art „International Style“, der zugleich keinen wirklichen Stil verkörpert, sondern eine entschiedene und spezifische, der jeweiligen Lebenssituation entsprechende Haltung. Schmuck hat für sie mit Bewusstsein und Bewusstheit zu tun, der durch Auseinandersetzung entsteht und geistige Prozesse repräsentiert. Ihre Ringe, Miniaturfiguren/Formen, Ketten etc. entstehen aus Metall, Acrylglas, Pappe, Polyesterspachtel, Graffitisprayfarbe oder Holz.
„The Lunatic Swing“ wird am Dienstag, 26. Februar, 19 Uhr, in den Kunstarkaden, Sparkassenstraße 3, mit Stadträtin Monika Renner (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnet. Die Galeristin und Kunstkritikerin Dr. Ellen Maurer Zilioli hält eine Einführung. Die Ausstellung ist vom 27.

Februar bis 30. März, Dienstag bis Samstag von 13 bis 19 Uhr, geöffnet. Am Donnerstag, 7. März, 17 bis 20 Uhr gibt es eine Sonderöffnung im Rahmen der „Schmuck 2013 München“ (6. bis 12. März, Internationale Handwerksmesse, Informationen unter: *www.ihm-handwerk-design.com*). Sonderführung durch die Künstlerinnen und Künstler am Sonntag, 10. März, 13 bis 18 Uhr. Der Eintritt ist frei. Informationen auch unter: *www.muenchen.de/kunstarkaden*

Retrospektive Mai Zetterling im Filmmuseum

(21.2.2013) Vom 22. Februar bis 3. April ist im Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, die erste umfassende Retrospektive der schwedischen Schauspielerin und Regisseurin Mai Zetterling zu sehen. An 17 Abenden werden ausgewählte Spielfilme, in denen sie als Schauspielerin auftritt, sowie ihre Regiearbeiten für Kino und Fernsehen gezeigt, darunter ihre bekanntesten Filme „Flickorna“ („Die Mädchen“, 1968) und „Amorosa“ (1986).

Mai Zetterling trat in etwa 60 Spielfilmen und Fernsehproduktionen als Schauspielerin auf, sie zeichnete für sechs Spielfilme als alleinige Regisseurin verantwortlich und drehte mindestens doppelt so viele Fernseh-, Dokumentar-, Kurz- und Episodenfilme: Thriller, Psychodramen, den Kinderfilm „Der Mond ist ein grüner Käse“ (1977), Dokumentationen über Polizistinnen in Manchester („Lady Policeman“, 1979) und über Seehundjäger in Grönland („Von Seehunden und Männern“, 1979). Bis heute ist Mai Zetterlings Werk nicht vollständig erforscht und kein nationales Filmarchiv fühlt sich für das Gesamtwerk der Kosmopolitin zuständig, weshalb eine komplette Werkschau zur Zeit noch nicht möglich ist. Die Retrospektive bietet die einmalige Gelegenheit, das verfügbare Werk der gleichsam bejubelten wie umstrittenen Regisseurin auf der Leinwand kennenzulernen.

Weitere Informationen zur Filmreihe und alle Termine befinden sich im Programm des Filmmuseums unter *www.filmmuseum-muenchen.de.*

Pressefotos können auf Anfrage gerne unter Telefon 2 33-2 05 38 zugeschickt werden. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Aufschlag bei Überlänge. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 21. Februar 2013

Hilfe für Opfer jugendlicher Gewalt und Kriminalität
Antrag Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 31.7.2012

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Das Sozialreferat nimmt die Aufgabe des Opferschutzes sehr ernst, bietet verschiedene Unterstützungsangebote an und pflegt verschiedene Kooperationen zu Institutionen und Trägern, die sich für mehr Opferschutz einsetzen.

Falls Sie einverstanden sind, beantworte ich Ihren Antrag in dieser Form und teile Ihnen dazu Folgendes mit:

Gemäß § 52 SGB VIII i.V.m. §§ 38 und 50 Abs. 3 Satz 2 des Jugendgerichtsgesetzes übernimmt das Jugendamt die hoheitliche Aufgabe der Jugendgerichtshilfe. Die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe, die Jugendliche und junge Volljährige während des gesamten Strafverfahrens betreut (§ 52 Abs. 3 SGB VIII), sind vielfältig. Zwei wesentliche Schwerpunktthemen der Jugendgerichtshilfe sind Opferschutz und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA):

Opferschutz:
Wenn aus dem Sachverhalt einer Polizeiermittlung oder Anklage erkennbar ist, dass bei minderjährigen Geschädigten durch die Umstände der Straftat ein Gefährdungsrisiko bestanden hat oder besteht, meldet die Jugendgerichtshilfe den Vorgang im Rahmen einer Gefährdungsmeldung an das regional zuständige Sozialbürgerhaus. Die Bezirkssozialarbeit bietet ein Beratungsangebot an und klärt über entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten auf.

Täter-Opfer-Ausgleich (TOA):
Ein weiterer Bereich der Jugendgerichtshilfe ist der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA). Der TOA bietet Beschuldigten und Geschädigten die Möglichkeit, Folgen und Wiedergutmachung von Straftaten außergerichtlich zu regeln. Gelingt es den Beteiligten, den zugrunde liegenden Konflikt einvernehmlich zu lösen und befriedigende Regelungen zur Schadensregulierung zu finden, kann von den Mediatorinnen und Mediatoren eine Einstellung des Verfah-

rens oder eine Milderung der Strafe angeregt werden. Ziel ist es, auch im Bereich des TOA, den Jugendhilfeauftrag der Jugendgerichtshilfe umzusetzen. Dies bedeutet, dass die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Jugendgerichtshilfe in eigener Verantwortung vorhandene Polizeimeldungen auf Eignung für ein TOA-Verfahren überprüfen und bei positiver Bewertung die Staatsanwaltschaft am Landgericht München I um Zuweisung des Falles anfragen. Das Augenmerk bei der Fallauswahl aus sozialpädagogischer Sicht liegt hier vorrangig auf der Notwendigkeit langfristiger Befriedung in sozialen Nahräumen (z.B. Schulkonflikte, Nachbarschaftskonflikte etc.), aber auch in der Wahrnehmung von möglichen Interessen und Bedürfnissen auf Seiten der Geschädigten (z.B. bei entstandenen Schäden und Verlusten).

Die Einzelfälle werden nicht ausschließlich nach dem Fallverteilungsschlüssel, sondern auch nach den Schwerpunkten und Spezialisierungen sowie vorhandenen Zusatzausbildungen der Fachkräfte verteilt. Diese Art der Fallverteilung hat sich bewährt.
Die Erfolgsquote des TOA liegt in der Landeshauptstadt München konstant bei weit über 80%. Konkret bedeutet dies, dass dank dieser Maßnahme eine Einigung der Parteien im beiderseitigem Einverständnis erzielt und die überwiegenden Verfahren auf diesem Wege abgeschlossen werden können.

Der TOA bietet die Möglichkeit, Opfer und Täterinnen bzw. Täter gleichermaßen in den Blick zu nehmen. In den Gesprächen zwischen Täterin bzw. Täter, Opfer und einer Vermittlerin bzw. einem Vermittler sollen die Probleme diskutiert und verarbeitet werden.
Die Ziele sind zum einen die Informationsweitergabe über das Strafverfahren und zum anderen gemeinsame Vereinbarungen zwischen Opfer und Täterin bzw. Täter zu finden, um den Konflikt zu lösen. Die Form der Wiedergutmachung wird einvernehmlich vertraglich festgelegt und überprüft.

Während bei einer Gerichtsverhandlung die bzw. der Beschuldigte im Mittelpunkt steht, geht es beim TOA um die Geschädigte bzw. den Geschädigten. Sie bzw. er kann seine Ansprüche auf eine Wiedergutmachung deutlich machen. Die Vereinbarung über die Wiedergutmachung ist Sache der Beteiligten. Mögliche Formen sind beispielsweise:
- Gespräch zwischen Opfer und Täterin bzw. Täter mit Entschuldigung,
- Schmerzensgeld oder Schadenersatz,
- Geschenk als symbolische Geste,
- Arbeitsleistungen, um den Schaden zu beheben,
- gemeinsame Aktivitäten von Täterin bzw. Täter und Opfer.

Zum Abschluss eines Täter-Opfer-Ausgleich-Verfahrens entscheidet die Richterin bzw. der Richter oder die Staatsanwältin bzw. der Staatsanwalt, ob das Verfahren eingestellt beziehungsweise in welchem Maße die Leistungen der Täterin bzw. des Täters strafmildernd berücksichtigt werden können.

Weitere Initiativen zur Unterstützung von Opferbelangen:
Die Jugendgerichtshilfe und der Weiße Ring e.V. kooperieren seit April 2012. Ebenso bestehen zu anderen Organisationen, die sich für Opferbelange einsetzen (z.B. Kinderschutzzentrum, IMMA e.V.), Kooperationen.

Zudem wurden auch Vereinbarungen zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Sozialbürgerhäusern und dem Stadtjugendamt München bezüglich Mitteilungen in Strafsachen bei sexuellen Übergriffen und bezüglich Polizeiermittlungen im Bereich häuslicher Gewalt geschlossen. Diese beinhalten die Übermittlung von Sozialdaten zur Klärung des Kinderschutzauftrages. Die Bezirkssozialarbeit unterbreitet den kindlichen bzw. jugendlichen Opfern als auch den Personensorgeberechtigten ein Beratungs- und Unterstützungsangebot. Bei Bedarf werden Hilfemaßnahmen installiert.

Die Stiftungsverwaltung im Sozialreferat verwaltet derzeit 167 Stiftungen mit sozialen Zweckbindungen. Ein Großteil der Stiftungen unterstützt Einzelpersonen in der Landeshauptstadt München, die sich in einer besonderen aktuellen Notlage befinden, z.B. durch Hilfen zur Gesundheit, Kleidungspauschale oder dringend benötigte Haushaltsgegenstände. Auch Opfer jugendlicher Gewalt und Kriminalität können unter den o.g. Voraussetzungen eine Hilfe aus den städtischen Stiftungen erhalten.

Derzeit betreut das Sozialreferat jedoch keine Stiftung die gezielt die Kosten einer Fachpersonalstelle im Bereich der Opferhilfe übernehmen kann. Auch von vielen privat verwalteten Stiftungen werden laufende Kosten für eine dringend benötigte Personalstelle nicht übernommen, da sich die meisten Stiftungen nicht durch die Finanzierung von Personalkosten für mehrere Jahre binden wollen. Insofern können sich Einzelpersonen an die Stiftungsverwaltung im Sozialreferat wenden, jedoch ist eine Finanzierung einer Fachpersonalstelle aus Stiftungsmitteln derzeit nicht möglich.

Vor diesem Hintergrund strebt die Jugendgerichtshilfe eine engere Kooperation mit der Stiftung Opferhilfe an. Die Unterstützung der Opfer von Straftaten wurde mit der seit 01.09.2012 bestehenden Stiftung Opferhilfe Bayern sichergestellt. Ziel der Stiftung ist, Opfer von Straftaten und deren

enge Angehörige schnell und unbürokratisch als auch finanziell zu unterstützen.

Wenn von der Täterin bzw. vom Täter kein oder kein zeitgerechter Ausgleich zu erlangen ist und gesetzliche Leistungen (Opferentschädigungsgesetz, Sozialversicherung, Krankenkassen etc.), die Hilfe anderer Opferhilfeeinrichtungen oder Dritter (Versicherungen) nicht in Anspruch genommen werden können, müssen trotzdem entsprechende Einrichtungen zur Beratung bereitstehen. Durch die Stiftung Opferhilfe werden diese Schutzlükken zu Gunsten der Opfer geschlossen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass das Opferentschädigungsgesetz oftmals nicht greift wie z.B. bei anderen als Gewaltstraftaten, fahrlässigen Taten, immateriellen Schäden und nicht mit Gesundheitsschäden zusammenhängenden Vermögensschäden. Mit dem 2. Opferrechtsreformgesetz konnten Fortschritte erzielt werden, jedoch müssen noch weitere Reformen auf den Weg gebracht werden, um den Belange der Opfer umfänglich gerecht zu werden.

Zudem hat das Europäische Parlament in seiner Sitzung am 13.09.2012 eine Richtlinie verabschiedet, die vorsieht, dass künftig für Opfer von Straftaten überall in der Europäischen Union die gleichen Mindestrechte gelten sollen. Vorgesehen sind kostenfreie Opferhilfsdienste, wie psychologische Betreuung. Opfer sollen das Recht haben, an Polizeivernehmungen und Gerichtsverfahren teilzunehmen. Auch eine Begutachtung der besonderen Schutzbedürfnisse der Opfer von Straftaten soll eingeführt werden.

Das Stadtjugendamt München begrüßt es ausdrücklich, dass auf verschiedenen politischen Ebenen Struktur- und Prozessverbesserungen angeregt werden, die die Rolle des Opfers stärken und dabei die besonderen Schutzbedürfnisse der Opfer berücksichtigen und einen leichteren Zugang für die Opfer zu Unterstützungsmöglichkeiten sicherstellen.
Zur Stärkung dieser Entwicklungen weiten wir in diesem Sinne unsere Kooperationsnetzwerke sowie die entsprechenden Angebote und deren Zugangsstrukturen aus.

Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Zwangsheirat bekämpfen!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 10.10.2012

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Durch verschiedene Aktivitäten und Maßnahmen setzt sich die Landeshauptstadt München bereits für die Ächtung von Zwangsheirat und den interkulturellen Dialog zu den Werten einer pluralistischen Demokratie im Sinne des Grundgesetzes mit unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und Migrantenverbänden ein.

Falls Sie einverstanden sind, beantworte ich Ihren Antrag in dieser Form und teile Ihnen dazu Folgendes mit:

Die Landeshauptstadt München setzt sich auf vielfache Weise ein, um Zwangsheirat zu ächten.

Der Stadtrat beschäftigt sich bereits seit einigen Jahren intensiv mit dem Thema „Schutz vor Zwangsheirat". Einige Anfragen wurden hierzu gestellt und wichtige Beschlüsse im Stadtrat auf den Weg gebracht, so der Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses in der gemeinsamen Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses, des Sozialausschusses und des Schul- und Sportausschusses vom 08.06.2010 „Vor Zwangsverheiratung schützen" (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 04212) und der Beschluss der Vollversammlung vom 09.10.2012 „Zwangsheirat verhindern", Konzept für die Landeshauptstadt München (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 10065). Ein wichtiges Ergebnis der Befassung im Stadtrat ist die Fach- und Anlaufstelle mit zwei Vollzeitstellen bei IMMA e.V., zur Verhinderung von Zwangsheirat. Diese Stelle soll einerseits dazu dienen, dass Betroffene schnell Schutz und Begleitung in ihrer Notlage finden und zum anderen soll die Stelle in einer bundesweiten Vernetzung für mehr Information in der Öffentlichkeit zum Thema Zwangsheirat sorgen. Darüber hinaus wird die Fach- und Anlaufstelle qualifizierte Fortbildungen für Fachkräfte aus den verschiedenen Arbeitsfeldern, die mit dem Thema Zwangsheirat konfrontiert sind, anbieten.

In vielfacher Hinsicht haben sich bereits Religionsgemeinschaften und Migrantenverbände im interkulturellen Dialog zu den Werten unserer pluralistischen Demokratie im Sinne des Grundgesetzes bekannt.

Die muslimischen Dachverbände haben sich 2008 in der Deutschen Islamkonferenz (DIK) geschlossen hinter die Werte des Grundgesetzes gestellt. Dieser Prozess ist als „Wertedebatte“ in die Geschichte der DIK eingegangen. Im Jahr 2012 erfolgte die gemeinsame Erklärung gegen häusliche Gewalt und Zwangsverheiratung. Die meisten muslimischen Verbände in München sind durch ihre Dachorganisationen in der DIK vertreten.
Was speziell die Muslime in München angeht, so hat der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung (IntB), Herr Neumeyer, am 20.09.2012 mit den Imamen eine Erklärung verabschiedet, in der sich auch die Münchner Imame zu den Werten des Grundgesetzes bekennen.

Zudem wurde zum Thema „Zwangsheirat“ eine Fortbildung „München-Kompetenz“ von der Stelle für interkulturelle Arbeit organisiert und durchgeführt. In zwei Modulen wurden die Themen „Interkulturelles und interreligiöses Leben“ (am 18.05.2009) und „Rechtsstaatliche Prinzipien“ (am 15.06.2009) behandelt.
Die anwesenden Imame halten nach eigenen Aussagen Zwangsheiraten für unislamisch und vertreten dies auch so gegenüber ihren Gemeindemitgliedern.

Die DITIB, die größte muslimische Dachorganisation aus der Türkei in Deutschland, hat in einer groß angelegten Kampagne ihre in der Türkei und in Deutschland tätigen Imame darauf hingewiesen, die Freitagspredigten zu nutzen, und zu erklären, dass das Thema Zwangsheirat nicht mit dem Islam zu begründen ist.

Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 21. Februar 2013

Fairen Umgang mit Gaskunden der SWM anstreben!
Antrag Stadtrat Marian Offman (CSU)

Rad'l-Furt Kustermann-Fahrspur „Am Viktualienmarkt"
Antrag Stadtrat Georg Schlagbauer (CSU)

Öffnung des Marienhofs für Spiel und Sport
Antrag Stadträtinnen Anja Berger, Gülseren Demirel, Jutta Koller und Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Sachstandsbericht zur Anwohnertiefgarage am Josephsplatz
Antrag Stadträtinnen Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Vertretung der Landeshauptstadt München in Beteiligungsunternehmen
Hier: Aufsichtsrat – Städtisches Klinikum München GmbH
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Stadt München erhebt für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht (MEU) kein Nutzungsentgelt
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Marian Offman

ANTRAG
21.02.13

Fairen Umgang mit Gaskunden der SWM anstreben!

Oberbürgermeister Christian Ude als Vertreter des Gesellschafters der SWM wird beauftragt, die Werke zu veranlassen, im Zuge des Abschlusses eines Vertrages für Gasbezug oder im Zuge von Preisänderungen in jedem Fall schriftlich auf Voraussetzungen und Möglichkeiten der günstigeren Vertragstarife (M-Erdgas M kompakt und M-Erdgas M Basis) hinzuweisen. Dieser Hinweis sollte auch grundsätzlich im Gespräch mit dem Call-Center ergehen.

Begründung:
Zum 1. April 2013 werden die Gaspreise angehoben. Dabei werden angeboten die Grundversorgung mit dem Vollversorgungstarif ab einem Jahresverbrauch von ca. 7500 kWh und alternativ der günstigere Vertragstarif M-Erdgas M Basis. Bei Neubezug einer Wohnung und Anmeldung zum Gasbezug durch den Mieter wird von den SWM automatisch der Vollversorgungstarif berechnet. Nur wenn ein Kunde auf die SWM offensiv zukommt, ein Vertragsformular vom Internet herunterlädt, dieses mit Abbuchungsermächtigung unterzeichnet, kommt er in den Vorteil des günstigeren Vertragstarifes.
Kunden mit Grundtarifen und mit den Vertragstarifen haben unterschiedliche Preisblätter bekommen. Im Merkblatt für die teuren Grundtarife findet sich kein Hinweis auf die günstigere Alternative des Tarifes M-Erdgas M. Als „Bestabrechnung“ durch die Werke wird lediglich die automatische Auswahl zwischen Kleinverbrauchstarif (Jahresverbrauch bis 7500 kWh) und Vollversorgungstarif genannt. Die Wahl zwischen diesen Tarifen wird aber ohnehin vom Verbrauchsvolumen vorgegeben.

Interessant sind die unterschiedlichen Preissteigerungsraten. Nachfolgende Berechnungen basieren auf einem 3-4 Personenhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 25.000 kWh Erdgas. Während der ohnehin schon teure Vollversorgungstarif zum 1. April um 7,2 % ansteigt, beträgt die Erhöhung beim Vertragstarif nur etwas mehr als die Hälfte, nämlich 3,9 %. Bei dem vorgenannten Verbrauch zahlte der Kunden mit dem Vollversorgungstarif immerhin 120 € mehr als beim günstigeren Tarif. Nach der Erhöhungsrunde beträgt die Differenz satte 176 €.

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Die Benachteiligung derer, die aus Gründen mangelnder Kenntnis oder weil keine Abbuchungsermächtigung möglich ist, nicht zum Vertragsabschluss für M Erdgas M gelangen, ist mit der Preisänderungsrunde noch angestiegen.

Wie viele Kunden nun den teuren Vollversorgungstarif und den günstigen Vertragstarif abgeschlossen haben, ist ein wohlbehütetes Geheimnis der SWM.

Eine offensive Information an die Stadtwerkekunden über die vorgenannten Tarifvarianten ergeht offensichtlich nicht. Dies belegen sehr eindrücklich die unterschiedlichen Merkblätter.

Angesichts des sehr hohen Mietniveaus in München und der hohen Nebenkosten sollten Mieterinnen und Mieter nicht mangels Information mehr als notwendig für die Heizung zahlen müssen. Deshalb ist eine stringente Informationspolitik der Werke zu diesem Thema unabdingbar und wäre fair.

Marian Offman,Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Georg Schlagbauer

ANTRAG
21.02.13

Rad'l-Furt Kustermann-Fahrspur „Am Viktualienmarkt“

Der Stadtrat möge beschließen:

Die geplante „Rad’l-Furt“ auf der Kustermann-Fahrspur „Am Viktualienmarkt“ als kurze Verbindung zwischen Oberanger und Viktualienmarkt wird so gestaltet, dass der Ziel-und Quellverkehr zu den dort ansässigen Einzelhandelsgeschäften, vor allem der Fußgängerverkehr in keiner Weise beeinträchtigt wird.

Begründung:
In und um die Kusterman-Fahrspur „Am Viktualienmarkt“ ist eine Reihe von Einzelhandelsgeschäften, teilweise seit Jahrzehnten, situiert, die ausschließlich von fußläufiger Kundschaft lebt.
Die Beispiele anderer „Rad’l-Furten“ in der Innenstadt zeigen, dass eine friedliche und gedeihliche Koexistenz zwischen Radfahrern und Fußgängern bzw. Flaneuren nicht selbstverständlich ist. Die Enge der Kustermann-Fahrspur „Am Viktualienmarkt“ erfordert deshalb hohe planerische Sorgfalt. Auf keinen Fall dürfen Vorrechte für Radfahrer eingeräumt oder faktisch ermöglicht werden, weil dadurch insbesondere Kinder, aber auch ältere Kunden und Behinderte oder Gebrechliche gefährdet und in der Folge von der Nutzung der Passage abgeschreckt würden.
Die Planung muss so gestaltet werden, dass im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren gegenseitige Rücksichtnahme erzwungen wird.

Georg Schlagbauer, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.02.2013

Antrag

Öffnung des Marienhofs für Spiel und Sport

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Referat für Bildung und Sport und das Sozialreferat werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe Ideen für temporäre „Spiel- und Sport-Nutzung“ des wieder begrünten Marienhofs zu entwickeln. Besonderer Wert soll auf ein lebendiges, offenes Angebot gelegt werden, welches Kinder aller Altersklassen, jeglicher Herkunft, mit Behinderung oder ohne, anspricht.

Begründung:

Der Marienhof wird endlich wieder zu einer nutzbaren, innerstädtischen, Grünfläche umgewandelt. Sie soll für alle Münchnerinnen und Münchner nutzbar sein und eine Zone der Entspannung, aber auch der Aktivität bieten. Vor allem für die Kinder und Jugendlichen bietet das Gelände die Möglichkeit zu toben und zu spielen.
Wir hätten gerne ein Angebot der Stadt für die Kinder und Jugendlichen, das Spiel und Sport vereint und den Marienhof wieder zu einem lebendigen Platz macht. Ähnlich wie zur Frauen-Fußball-WM können wir uns Angebote wie ein Fußballturnier für verschiedene Kindergruppen gut vorstellen. Aber auch eine mobile Spiellandschaft oder Ähnliches wäre denkbar. Wichtig ist nur, dass das Angebot Kinder und ihre Familien anspricht und einem der zentralsten Plätze der Stadt seine Aufenthaltsqualität und Attraktivität für alle wieder gibt.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Anja Berger
Gülseren Demirel
Jutta Koller
Sabine Krieger
Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.02.2013

Antrag zur dringlichen Behandlung für die Vollversammlung am 27.02.2013

Sachstandsbericht zur Anwohnertiefgarage am Josephsplatz

Dem Stadtrat werden der Sachstand und die aktuellen Pläne zur Anwohnergarage Josephsplatz vorgestellt.

Dabei wird um Antwort auf folgende Fragen gebeten:

1. Welche Bäume sind direkt von der Tiefgarage betroffen und müssen gefällt werden?

2. Warum sollen die beiden über hundertjährigen Bäume im Nordosten des Platzes gefällt werden, obwohl in bisherigen Planungen davon nicht die Rede war?

3. Welche Gründe haben zur Abweichung von den ursprünglichen Plänen geführt?

4. Gibt es Möglichkeiten, die beiden großen Bäume eventuell durch besondere Maßnahmen zu erhalten?

5. Wann und wie wurden die aktuellen Pläne zur Oberflächengestaltung der Bevölkerung und den örtlichen Gremien (Bezirksausschuss und auf der Bürgerversammlung) kommuniziert?

6. Welchen Einfluss hat die vor kurzem eingereichte Klage auf die Baugenehmigung?

7. Wann ist überhaupt mit der Aufnahme der Bauarbeiten zu rechnen?

8. Wie ist das weitere Vorgehen?

9. Soll eine ökologische Baubegleitung eingerichtet werden?

Begründung:

Die Anwohnergarage am Josephsplatz ist ein seit Jahren diskutiertes Bauprojekt und wurde durchgehend von der Bevölkerung vor Ort mehrheitlich befürwortet.
In einem großen Bürgerbeteiligungsverfahren konnten die Bürger ihre Ideen und Vorschläge für die Oberflächengestaltung nach Fertigstellung der Tiefgarage einbringen.
Der Siegerentwurf des Wokshops wurde deshalb auch von allen Gremien befürwortet und

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

mitgetragen.

Die Grünen-rosa liste im Stadtrat und auch im Bezirksausschuss haben das Projekt befürwortet. Zum einen weil die Notwendigkeit von Parkmöglichkeiten für Anwohner im Viertel gesehen wird und die Anwohnergarage immer mehrheitlich von der Bevölkerung vor Ort unterstützt wurde. Zum anderen weil die Garage die Chance bietet, dass nach Fertigstellen des Projekts an der Oberfläche wesentlich mehr Platz für die Menschen vor Ort sein wird. Die Aufenthaltsqualität wird gesteigert, und Raum für Spiel und Sport wird zur Verfügung stehen.

Ein wesentlicher Grund für die Zustimmung war jedoch auch immer, dass kommuniziert wurde, dass die beiden über hundert Jahre alten Bäume im Nordosten des Platzes nur am Rande von der Baumaßnahme tangiert werden und erhalten werden können.

Aus der Presse müssen wir nun aufgrund der Proteste vor Ort erfahren, dass sich wohl Änderungen an den Plänen des Baureferates ergeben haben und die alten Bäume der Säge zum Opfer fallen sollen. Ebenso, dass eine Klage der Anwohner eingereicht wurde, die die Baumaßnahmen aller Voraussicht nach verzögern werden. Darüber wurde der Stadtrat bisher nicht informiert.

Wir bitten deshalb um Darstellung der aktuellen Pläne sowie um Erläuterung, ob es Maßnahmen gibt, die ergriffen werden können, um den Erhalt zumindest der beiden alten Bäume zu sichern.

Der Antrag ist eilig, da die Fällung der Bäume bis Ende Februar abgeschlossen sein müsste, um danach mit den Bauarbeiten beginnen zu können. Aufgrund der Proteste ist jedoch mit einer Verzögerung des Projektes zu rechnen. Vor Erteilung der Baugenehmigung sollten jedoch auch keine unumkehrbaren Fakten geschaffen werden. Dem Stadtrat soll deshalb über die aktuelle Sachlage sowie über das weitere Vorgehen berichtet werden.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger
Sabine Nallinger
Mitglieder im Stadtrat

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

21.02.2013

Antrag zur Behandlung in der Vollversammlung vom 27.02.2013
Vertretung der Landeshauptstadt München in Beteiligungsunternehmen
Hier: Aufsichtsrat - Städtisches Klinikum München GmbH

Der Stadtrat fordert die Aufsichtsratsmitglieder der Städtisches Klinikum München GmbH (SKM), die seitens des Gesellschafters Stadt gewählt wurden auf, ihre Mandate mit sofortiger Wirkung niederzulegen. Die Stadt München wird den Gesellschaftsvertrag so ändern, dass sich die Zusammensetzung ihrer Vertreter wie folgt ändert:

Ein Vertreter der Stadt wird mit 2/3-Mehrheit vom Stadtrat als Mitglied gewählt.
der Kämmerer ist Mitglied kraft Amtes.
In den Aufsichtsrat der SKM werden als weitere Mitglieder jeweils ein Vertreter der beiden größten Fraktionen (SPD und CSU)entsandt.

Alle Fraktionen haben ein Vorschlagsrecht für je ein Mitglied, das Sachverstand aus den Bereichen: Medizin/Pflege/Klinikmanagement nachweisen und nicht Mitglied des Stadtrates sein muss.

Begründung:
Der Aufsichtsrat der städtischen Klinikum München GmbH muss künftig politikferner besetzt werden und deutlich mehr Sachverstand aufweisen.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

Erläuterung:

Die bisherige Regelung lautet:
Gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 des Gesellschaftsvertrages setzt sich der Aufsichtsrat aus 16 Mitgliedern zusammen. Infolge der paritätischen Besetzung entfallen auf die Stadt insgesamt 8 Aufsichtsmandate. Die übrigen 8 Mitglieder werden von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Städtisches Klinikum München GmbH gemäß den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 gewählt.
Der/die Vorsitzende des für die Krankenhäuser zuständigen Fachausschusses, der/die für das Gesundheitswesen zuständige berufsmäßige Stadtrat/Stadträtin sowie der Stadtkämmerer gehören dem Aufsichtsrat kraft Amtes als geborne Mitglieder an (§ 8 Abs. 2 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages).
Die übrigen 5 Mitglieder der Gesellschafterin werden unter namentlicher Berufung durch den Stadtrat benannt. Im Ältestenrat vom 6.6.2008 wurde vereinbart, dass die in der Vergangenheit angewandte Praxis fortgeführt und für die Sitzverteilung in den Gremien grundsätzliche das Hare/Niemeyer-Verfahren zur Anwendung kommen soll.
Bei 5 Mitgliedern errechnet sich folgendes Verhältnis:
-2 (SPD): 2 (CSU) : 1 (Bündnis 90 / Die Grünen/RL)

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

21.02.2013

Antrag Nr.:
Stadt München erhebt für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht (MEU) kein Nutzungsentgelt

Der Stadtrat möge beschließen:
Für den Muttersprachlichen Ergänzungsunterricht (MEU) – soweit er von Konsulaten organisiert wird – erhebt die Landeshauptstadt München ab sofort kein Nutzungsentgelt.

Begründung:
Die Landeshauptstadt München erhebt für außerschulischen Unterricht ein Nutzungsentgelt für Schulräume in Höhe von zwei Euro pro Stunde. Unter diese Regelung fällt seit Abschaffung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts durch den Freistaat im Jahre 2009 auch der MEU als konsularischer Sprachunterricht.

In der globalisierten Welt ist Mehrsprachigkeit von großem Vorteil. Zudem ist wissenschaftlich belegt, dass die gute Beherrschung der Muttersprache das Erlernen weiterer Sprachen erleichtert, so dass der MEU auch die Sprachfähigkeit im Deutschen unterstützen kann.

Zwar ist das Nutzungsentgelt von zwei Euro pro Stunde nur geringfügig. Wie uns dargestellt wurde, stellt das Entgelt aber eine Hürde für den konsularischen Sprachunterricht dar.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat